

SPD-Konzeptpapier zum Haushalt 2020 – „Klimaschonende und bürgerfreundliche Mobilität möglich machen“

Vorbemerkung:

Braunschweigs Mobilität befindet sich in einem rasanten Wandel. Auch wenn heute noch nicht abzusehen ist, welche Technologien und Konzepte die Mobilität von morgen tatsächlich dominieren werden, so ist dennoch klar, dass sich auch unser Mobilitätsverhalten fundamental verändern wird. Die Menschen denken umweltbewusster, fordern von Politik und Verwaltung aber zugleich ein zuverlässiges, schnelles und leicht verständliches Mobilitätsangebot. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss ebenso reduziert werden wie der Verkehrslärm, zugleich müssen die Maßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern auch auf Akzeptanz stoßen und dürfen die Kauf- und Wirtschaftskraft unserer Stadt nicht in Frage stellen.

Ein erster, großer Schritt ist bereits getan. Unter der Führung von Oberbürgermeister Ulrich Markurth wurde ein derart massiver Ausbau des ÖPNVs in die Wege geleitet, wie ihn Braunschweig noch nie zuvor gesehen hat: Das Stadtbahnnetz wird umfangreich erweitert und bildet das Rückgrat für den ÖPNV der Zukunft. Flankiert wird dies durch den „Stadttakt“ – einen attraktiven, neuen Fahrplan, dessen Einführung auch mit einer quantitativen Ausweitung des Angebots einherging. Dieser Ball muss von der Politik nun aufgenommen werden, dieser Weg muss konsequent weiter bestritten werden.

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Braunschweig und die SPD-Ratsfraktion bekennen sich zu einer Stärkung des ÖPNVs. Doch die Mobilität von morgen muss ganzheitlich gedacht werden und daher haben beide Gremien weitere Ziele und konkrete Maßnahmen formuliert, die zum städtischen Haushalt 2020 mit Anträgen unterlegt werden. Wir möchten die Verkehrsplanung unserer Stadt im Umweltverbund zu denken, also ein breites Angebot von Verkehrsmitteln entwickeln, das eine attraktive Alternative zum Auto darstellt. Denn nur so können Menschen motiviert werden, auch andere Verkehrsträger zu nutzen: Durch ein gutes und leicht verständliches Alternativangebot, das von sich aus überzeugt und Verbote gar nicht erst nötig werden lässt. Wir bauen auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger und werden gemeinsam dafür eintreten, die Mobilität von morgen möglich zu machen.

Ziel eins: Die Menschen durch einen attraktiven ÖPNV zur Nutzung von Bus und Bahn motivieren

Das wollen wir sofort beantragen:

- **Vorfahrt für Bus und Bahn:** Wir beantragen, dass die Vorrang-Ampelschaltungen für die Stadtbahn im Straßenverkehr verstärkt ausgebaut werden. Die Verwaltung soll hierzu geeignete Stellen ermitteln.
- **Konsequenter Ausbau der Stadtbahn:** Wir bewerten die Stadtbahn als eines der tragenden Verkehrsmittel der Zukunft. Der von der Verwaltung eingeleitete Stadtbahnausbau muss konsequent umgesetzt werden und wird von uns politisch in den jeweiligen Gremien unterstützt.
- **Gesamtstädtische Werbe- und Kommunikationsstrategie für den ÖPNV:** Durch den neuen Stadttakt bietet der ÖPNV ein noch attraktiveres Angebot. Wir fordern ein Bekenntnis der Stadt und ihrer Gesellschaften zum ÖPNV und wünschen uns gemeinschaftliche Werbung und den Ausbau attraktiver Kooperationsangebote für Angestellte zur Nutzung von Bus und Bahn in Braunschweig.

Das wollen wir prüfen lassen:

- Kurzstreckentickets prüfen: Um noch mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, beantragen wir die Prüfung von Kurzstrecken-Tickets im Braunschweiger Stadtgebiet.
- Ausbau der Busspuren: Andere Kommunen machen gute Erfahrungen mit Busspuren. Diese ermöglichen eine höhere Pünktlichkeit und verdeutlichen auch symbolisch den Vorrang des ÖPNV vor dem Auto. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, wo weitere Spuren auch in Braunschweig sinnvoll eingeführt werden könnten.

Das wollen wir langfristig erreichen:

- Ein zuverlässiger ÖPNV, auch in den Randgebieten: Langfristig muss es unser Ziel sein, das ÖPNV-Angebot für sämtliche Braunschweiger Außenbezirke auf einen 30-Minuten-Takt zur Hauptverkehrszeit mit maximal einem Umstieg in die Innenstadt als Standard zu erreichen.

Ziel zwei: Den Umstieg auf Rad- und Fußverkehr durch eine gute Infrastruktur attraktiv machen

Das wollen wir sofort beantragen:

- Mittel für Radwegesanieierung erhöhen: Wir beantragen die Aufstockung der Mittel des „Sanierungstopfes“ für die Radwegesanieierung im Haushalt 2020 um 100.000 Euro, um witterungsbedingte Schäden möglichst schnell beheben zu können.
- Modellprojekt für eine Veloroute in Braunschweig initiieren: Wir beantragen die Planung einer Pilot-Veloroute, wie sie andere Kommunen bereits besitzen. Diese speziell für den Radverkehr ausgelegten Strecken sollen bei Erfolg konsequent ausgebaut werden und ein Gesamtnetz innerhalb der Stadt bilden. Als Pilotstrecke regen wir den Bereich Uferstraße an, Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro werden beantragt.
- Sicherheit und Sicherheitsgefühl stärken: Wir beantragen, an Gefahrenstellen wie verkehrintensiven Kreuzungen, die Radwege durch rote Markierungen konsequent hervorzuheben und zusätzlich sogenannte „Trixi-Spiegel“ an Ampeln zu installieren, um die Sicherheit zu erhöhen. Die Verwaltung soll geeignete Stellen den Gremien empfehlen.
- Mittel für ein kommunales Fahrradverleihsystem: Mit der Vorlage 19-11291 hat die Verwaltung erstmals detaillierte Informationen zu den möglichen Kosten eines Fahrradverleihsystems in Braunschweig dargestellt, entsprechende Mittel fehlen im Haushaltsplanentwurf allerdings bislang. Wir beantragen entsprechend erste Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro, um dieser richtigen Idee Schwung zu verleihen.
- Förderprogramm zum Kauf von Lastenrädern auflegen: Bundesweit entwickeln sich sogenannte Lastenräder immer mehr zum Trend, denn mit ihnen lassen sich Waren relativ leicht und klimafreundlich durch die Stadt transportieren. Leider ist dieser Trend in Braunschweig derzeit noch weitgehend unterrepräsentiert und daher beantragen wir, ein Förderprogramm in Höhe von 20.000 Euro für den Kauf von Lastenrädern aufzulegen. Empfänger der Förderung und die genaue Ausgestaltung der Förderrichtlinie orientieren sich dabei an den Empfehlungen der Verwaltung aus Vorlage 19-10276-01.
- Erhöhung der Verkehrssicherheit am Bienroder Wegs: Die SPD-Ratsfraktion hat im Jahr 2017 die Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes im Rat der Stadt beantragt, um die Verkehrssicherheit am Bienroder Weg deutlich zu erhöhen. Aus den nun vorliegenden Ergebnissen gehen neben den Planungsvarianten auch die Kosten für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in den einzelnen Abschnitten hervor. Um eine erste Maßnahme aus

dem Konzept zeitnah umzusetzen und damit auch ein klares Signal auszusenden beantragen wir den Umbau des aktuell sehr unübersichtlichen Bereiches vor dem Kloster Albertus Magnus und stellen hierfür Mittel in Höhe von 150.000 Euro ein.

Das wollen wir prüfen lassen:

- Grüne Welle für den Radverkehr: Im „Komod-Testfeld“ in Düsseldorf wird derzeit eine App erprobt, die auf Basis der Verkehrsleit-Daten Radfahrern eine „Grüne Welle“ bei Nutzen einer angezeigten Grundgeschwindigkeit vorhersagt. Wir möchten vergleichbare Innovationen in Braunschweig auch prüfen lassen um so – bspw. auf dem Ring – einen flüssigen Radverkehr zu ermöglichen.
- Rücksicht auf Senioren und Kinder: Wir bitten die Verwaltung, neben Kitas auch im Umfeld von Seniorenzentren oder Nachbarschaftstreffs die bestehenden Verkehrszeichen zu überprüfen und bei Bedarf durch entsprechende Piktogramme ergänzend auf die Sicherheit von kreuzenden Fußgängern hinzuweisen.

Das wollen wir langfristig erreichen:

- Ausbau interkommunaler Radwege und Radschnellwege fördern: Wir bekennen uns zum Ausbau der interkommunalen Radwege und werden bei unseren Vertretern im Land dafür eintreten, den Ausbau der Radwege und Radschnellwege zu fördern.
- Umsetzung der „Vision Zero“ in Braunschweig: Die Stadt Braunschweig muss sich zur „Vision Zero“ und damit dem Ziel bekennen, die Zahl der im Straßenverkehr verunfallten Menschen langfristig durch verschiedene Ansätze auf null zu reduzieren. Den Anstoß hierzu erfolgt aus der Politik und gemeinsam versuchen wir, die Bürgerinnen und Bürger insbesondere durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit hierfür zu sensibilisieren.

Ziel drei: Alternative Antriebsformen im motorisierten Individualverkehr fördern

Das wollen wir prüfen lassen:

- Alternative Antriebsformen für Busse fördern: Stadt und BSVG sind dabei zu ermitteln, welches Konzept für alternative Busantriebe in Braunschweig umgesetzt werden kann. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, Kontakt zu anderen Kommunen aufzunehmen und Erfahrungen bspw. zu Hybridbussen wie in Wolfsburg einzuholen. Denkbar könnte zudem sein, dass Kommunen und Landkreise in der Region gemeinsam derartige Busse bestellen, um diese finanzierbar zu machen.

Das wollen wir langfristig erreichen:

- Eine flächendeckende Infrastruktur für die E-Mobilität schaffen: Wir prüfen verschiedene Optionen, um eine noch breitere Infrastruktur für die E-Mobilität im Stadtgebiet zu schaffen. Dazu gehört eine Ladeinfrastruktur an Park & Ride- und großen Parkplätzen ebenso, wie intelligente Lösungen im städtischen Raum (bspw. das flächendeckende Umwandeln von Straßenlaternen als gleichsam nutzbare E-Ladestation). Die Kooperation der Stadt mit externen Partnern ist hierbei von zentraler Bedeutung.
- Neubaugebiete mit modernen Verkehrskonzepten erschließen: Nach dem Vorbild der neuen Nordstadt möchten wir über ein jeweils zu erarbeitendes Mobilitätskonzept innerhalb der städtebaulichen Verträge von Neubaugebieten festlegen, dass Investoren auch die Infrastruktur für moderne Verkehrsformen erbringen müssen. Das heißt für uns: Eine gute ÖPNV-Anbindung und auch die nötige Infrastruktur für die E-Mobilität müssen in Neubaugebieten mindestens vorhanden sein.

Ziel vier: Die Verkehrsangebote sinnvoll miteinander verknüpfen, den Mobilitätsmix stärken

Das wollen wir sofort beantragen:

- Park & Ride-Systeme ausbauen und intelligent in den Verkehrsmix einbinden: Wir beauftragen die Verwaltung, bestehende Park & Ride-Angebote zu evaluieren und mögliche neue Plätze zu identifizieren. Zudem soll ein Konzept entstehen, wie die Akzeptanz des bestehenden Park & Ride-Angebots deutlich erhöht werden kann, bspw. durch eine sinnvolle Einbindung in den Verkehrsmix in Form von Fahrradverleihsystemen an den Parkplätzen oder durch Kombi-Tickets mit Bus und Bahn. Zudem soll die bauliche Qualität der Park & Ride-Plätze perspektivisch deutlich erhöht werden.
- Fahrradstellplätze an wichtigen Haltestellen: An zentralen Bus- und Stadtbahnhaltestellen müssen gut erreichbare und hochwertige Stellplätze geschaffen werden, um den Umstieg zu erleichtern und beide Angebote zu verknüpfen. Hierfür beantragen wir Mittel in Höhe von 50.000 Euro.
- Einführung einer verkehrsübergreifenden Mobilitäts-App: In Berlin wurde erfolgreich die App „Jelbi“ eingeführt, die Bus, Bahn, Taxi sowie Car- und Bikesharing verbindet, so den Umweltverbund-Gedanken in einer App verbindet und damit eine einfache und übersichtliche Buchung der verschiedenen Services ermöglicht. Auch das ISEK sieht die Einführung eines solchen Smart Mobility-Systems vor. Die Entwicklung einer solchen App wollen wir ebenso prüfen lassen, wie die perspektivische Einführung eines verkehrsübergreifenden Ticketsystems in Absprache mit dem VRB.